**Die Polizei im Spannungsfeld zwischen Strafverfolgung und Opferschutz- ein unlösbares Dilemma?**

**1. Einleitung**

Auf den ersten Blick mag es vielleicht befremdlich erscheinen, explizit über Opferschutz innerhalb der Polizei nachzudenken. Ist es nicht selbstverständlich, dass den Opfern/Hinterbliebenen einer Straftat Hilfe und Unterstützung durch die Polizei zuteilwerden wird? Ist es nicht selbstverständlich, dass die Opfer/Hinterbliebenen zu ihrem Recht bzw. ihrer Genugtuung kommen werden? Wer jemals Opfer einer Straftat geworden ist oder wie die Autorin einer Tätigkeit als Opferanwältin nachgeht, der wird an dieser Stelle mit einem klaren „Nein“ antworten. Mit der Opferwerdung setzt kein Automatismus ein, bei dem das Opfer von Dritter Seite quasi an die Hand genommen wird. Denn **Opferrechte** sind **Antragsrechte**, das heißt, sie müssen aktiv wahrgenommen werden. Aktiv seine Rechte wahrnehmen kann jedoch nur derjenige, der um deren Existenz weiß und Institutionen kennt, die Hilfestellung vermitteln können. Deshalb ist es wichtig, dass die Opfer von Straftaten die für sie notwendigen Informationen erhalten und Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Rechte erfahren.

Den ersten Kontakt haben Opfer von Straftaten regelmäßig im Rahmen des Ermittlungsverfahrens mit der Polizei, weshalb den Polizeibeamten an dieser Stelle eine verantwortungsvolle Aufgabe zukommt. Gerade der Ablauf eines Ermittlungsverfahrens ist für Laien nur schwer zu durchschauen und zu verstehen, wobei dieses aber durchaus ein **Baustein bei der Bewältigung der Tat** sein kann. Das Ermittlungsverfahren birgt aber auch Risiken in Form von **Sekundärviktimisierungen**, das heißt, dass es nach der eigentlichen Tat noch einmal zu einer (psychischen) Verletzung des Opfers kommen kann. Erneute Viktimisierungen können z.B. durch einen unsensiblen Umgang mit Opfern/Hinterbliebenen, mangelnde Berücksichtigung der Opferinteressen und durch das Empfinden des Opfers, keinen Einfluss auf den Verfahrensgang zu haben sondern der Allmacht der Polizeibehörde ausgesetzt zu sein, verursacht werden. Auch das Gefühl der Hinterbliebenen, nicht nur den eigenen Angehörigen aufgrund der Tat verloren zu haben, sondern dass dieser postmortem nun auch noch zum Eigentum der Behörden geworden ist, weil den Angehörigen kaum eigene Handlungsoptionen zustehen, führt oftmals zu einer weiteren Belastung. Ebenso vermag die Dauer eines Ermittlungsverfahrens von durchaus einem halben Jahr oder länger ohne Information über den Fortgang bei den Betroffenen ein Gefühl der Verunsicherung und Resignation auszulösen.

Der Ablauf und das Ergebnis eines Ermittlungsverfahrens sind für die Opfer/Hinterbliebenen daher von wesentlicher Bedeutung, nicht zuletzt, weil eine bessere Information und die Möglichkeit der aktiven Beteiligung am Verfahren ein Stück der Handlungsfähigkeit nach der mit der Tat erlebten Ohnmacht wieder zurück gibt.

Dieser Interessenslage von Opfern/Hinterbliebenen steht in der Praxis die Situation der Polizei gegenüber. Die besondere Herausforderung für die Polizei ergibt sich aus der Tatsache, dass die Polizei primär für die Strafverfolgung zuständig ist und hierfür das Opfer als „Beweismittel“ braucht, gerade aber im Bestreben um Sachverhaltsaufklärung und gerichtsfeste Protokollierung in Gefahr gerät, das Opfer erneut zu viktimisieren.

**Aber kann dieses Dilemma überhaupt gelöst werden?** Die Antwort lautet „ja“, wobei die Lösung in der Berücksichtigung aktueller viktimologischer Forschungserkenntnisse und hieraus abgeleiteter Handlungsempfehlungen für die Polizei liegt, die sowohl den Interessen der Opfer als auch der Polizei gerecht wird. Solche Empfehlungen müssen zwingend die Ambivalenz zwischen den Opferbedürfnissen und der originären Strafverfolgungsaufgabe der Polizei berücksichtigen. Sie müssen auf den polizeilichen Alltag abgestimmt sein – weil Unmögliches weder verlangt werden kann noch darf – und den Polizeibeamten darüber hinaus verdeutlichen, welchen Nutzen sie selbst aus der Berücksichtigung der Empfehlungen für ihre eigene Arbeit ziehen können. Die besondere Anforderung besteht darin, den Beamten **praktikable Handlungskompetenzen** für die Bewältigung des polizeilichen Alltags im Umgang mit Opfern an die Hand zu geben. Polizeibeamte können und sollen nicht die Aufgaben von Sozialarbeitern erfüllen; hierfür stehen professionelle Opferhilfeorganisationen zur Verfügung an die die Opfer weitergeleitet werden können.

Wenn es gelingt praktikable Lösungswege aufzuzeigen, stehen der effektiven Bewältigung der polizeilichen Arbeit im Alltag unter gleichzeitiger angemessener Berücksichtigung der Interessen der Opfer keine Hindernisse mehr entgegen. Dass dies gelingen kann und bereits die Berücksichtigung einzelner Empfehlungen dazu beitragen kann, den Umgang mit Opfern im Polizeialltag für beide Seiten zufriedenstellender zu gestalten, zeigt diese Abhandlung, die sich der Problematik nicht isoliert aus Opfer- oder Polizeisicht widmet sondern beide Seiten angemessen berücksichtigt.

Insofern wird jeweils die besondere Situation beleuchtet, in der sich die Angehörigen beider Gruppen bewegen. Dabei wird zunächst die Situation des Opfers einer Straftat dargestellt, insbesondere mit welchen Problemen und Empfindungen dieses zurechtkommen muss. Hierzu wurden unter anderem Teile aus Interviews übernommen, die die Autorin im Rahmen der Erstellung des Buches „Frau Koma kommt. Amok an Schulen: Über Täter und Opfer“ mit zwei direkt Betroffenen der Amok-Tat von Ludwigshafen geführt hat, welche dem Leserkreis einen Einblick in die Problematiken, Hoffnungen und Realitäten gestatteten, mit denen Hinterbliebene eines School Shootings konfrontiert werden. Sodann wird die Situation der Polizei im Rahmen ihrer täglichen Ermittlungsarbeit im Hinblick auf die Strafverfolgung fokussiert, aufgezeigt wie Opferschutzgesichtspunkte in den Polizeialltag integriert werden können sowie erläutert, welchen Nutzen auch die Polizei für sich hieraus ziehen kann.

Bezug nehmend auf den Kontext zum obigen Buch beziehen sich die folgenden Ausführungen auf die Situation von Opfern/Hinterbliebenen eines School Shootings im Umgang mit der Institution Polizei. Diese vermögen jedoch in leicht modifizierter Form für alle Opfer von Straftaten Gültigkeit beanspruchen.

**2. Die Situation des Opfers nach der Straftat**

Warum benötigen Opfer einer Straftat eigentlich Hilfe durch die Polizei? Um diese Frage zu beantworten, muss man sich zunächst verdeutlichen, in welcher Situation sich das Opfer oder die hinterbliebenen Angehörigen nach einer Straftat befinden: Problematisch an der Opfersituation ist zunächst einmal, dass niemand überhaupt damit rechnet, selbst Opfer einer Straftat zu werden – „so etwas passiert doch nur den anderen“. Aber dann passiert es doch und ganz plötzlich befindet sich der Betroffene in einer Situation, die ihm das Äußerste abverlangt. Die Liste der möglichen Opfer einer Straftat ist lang: Opfer sind nicht nur die unmittelbar Betroffenen, die (physisch oder psychisch) verletzt oder sogar getötet wurden, sondern auch die Angehörigen der Opfer, die Hinterbliebenen von Getöteten sowie (traumatisierte) Zeugen und Ersthelfer. Sie alle haben ihre eigene Geschichte, sind mehr oder weniger durch die Tat belastet und müssen jeder für sich den besten Weg finden, mit der vorausgegangenen Tat weiter leben zu können. Denn so unterschiedlich wie Menschen sind, so unterschiedlich sind auch die Opfer von Straftaten. Jedes Opfer geht auf seine eigene Art und Weise mit dem Erlebten um und hat dementsprechend **unterschiedliche Erwartungen an die Polizei**. Dennoch haben alle Opfer eines gemeinsam: ihr Leben wird nie mehr so sein wie vor der Tat.

Eine Straftat greift nicht nur gravierend in die Persönlichkeitsrechte der Opfer ein, sondern ist auch oft mit ganz erheblichen weiteren Folgen verbunden. Für ein Opfer, das durch eine Straftat einen körperlichen und/oder seelischen Schaden erlitten hat, verändert sich in der Regel das ganze Leben. Dies gilt ebenso für Angehörige, die einen geliebten Menschen verloren haben. Zur Fassungslosigkeit und Trauer kommen evt. noch materielle Probleme hinzu. So können beispielsweise psychische Probleme dazu führen, dass eine Arbeitsfähigkeit nicht mehr gegeben ist oder das getötete Opfer hatte die Ernährerrolle inne, was nun bis zur Existenzvernichtung der Angehörigen führen kann.

Darüber hinaus befinden sich die Opfer bzw. die Angehörigen in einer **absoluten psychischen Ausnahmesituation**, deren Bewältigung in erster Linie von psychischen und sozialen Faktoren sowie den persönlichen Lebensumständen des Einzelnen abhängt (*Schroth,* 2005,14). In einer solchen Situation können die Alltäglichkeiten des Lebens zur großen Herausforderung werden, weil die psychische Belastung schwer wiegt.

Während das Opfer anfänglich in der Regel noch Unterstützung und Stabilisierung durch sein soziales Umfeld (Familie, Freunde und Bekannte) erfährt, nehmen diese Unterstützungsleistungen mit zunehmender Zeitdauer ab. Es zeigt sich schnell eine gewisse Hilflosigkeit im Umgang mit dem Opfer, die im schlimmsten Fall sogar dazu führen kann, dass das soziale Umfeld in **Abwehr- und Relativierungsbemühungen** ausweicht (*Haas,* 2009, 9). Infolgedessen fühlt sich das Opfer nicht nur missverstanden sondern wird wiederum in eine „Verliererrolle“ gedrückt, die es weiter verzweifeln lässt.

Frau Z., die Schwester des bei der Amok-Tat von Ludwigshafen getöteten Lehrers *Rudolf B*., die der Autorin für ein Interview im Rahmen des Buches „Frau Koma kommt“ zur Verfügung stand, bestätigt dies:

 *„Allerdings macht man auch die Erfahrung, dass Freunde und Bekannte an- fangs sehr intensiv mit dem Thema befasst sind. Aber nach einiger Zeit hört man von den gleichen Leuten, dass das Leben weiter gehen muss, dass man nach Vorne schauen muss und dass jetzt ein neues Leben beginnen muss. Sicherlich sind das gutgemeinte Ratschläge, so in der Art „die Zeit heilt alle Wunden“ und „das Leben geht weiter“. Und da ist ja auch viel Wahres dran, aber man darf nicht vergessen, dass diese Leute nicht erlebt haben, was wir erleben mussten.*“

Hinzu kommt noch die für das Opfer (über)lebenswichtige Bewältigung des Tatgeschehens. Dabei unterscheidet man in der Viktimologie (Wissenschaft vom Kriminalitätsopfer) zwischen den einzelnen **Verarbeitungs- und Bewältigungsprozessen**. Opferbefragungen (*Tov,* 1993, 261 ff.), bei denen die Opfer traumatischer Ereignisse nach ihren Reaktionen der Verarbeitung befragt wurden, brachten Ähnlichkeiten hervor, die zum Versuch führten, Stadien der Reaktionen zu systematisieren. *Lorke* und *Ehlert* (1987, 346-367) teilen den psychischen **Verarbeitungsprozess** der Opfer im Hinblick auf die erlittene Viktimisierung in fünf Stadien ein (siehe auch Bild):



Bild: Fünf Stadien des Verarbeitungsprozesses bei einer erlittenen Viktimisierung

Danach sei die erste Phase, die einige Stunden bis wenige Wochen andauern könne, durch Kontrollverlust, Schock und akute Desintegration gekennzeichnet
– was sich aber nicht unbedingt nach außen hin bemerkbar machen müsse –, während es für die zweite Phase typisch sei, dass das Opfer“ funktioniere“, indem es sich vordergründig an die Notwendigkeiten des täglichen Lebens anpasse. *Lorke* und *Ehlert* bewerten dies als Versuch, unter Leugnung der emotionalen Erschütterung die Kontrolle über das eigene Leben wiederzuerlangen.

Die dritte Phase, deren Dauer sich zwischen sechs Monaten und zwei Jahren belaufe, sei davon gekennzeichnet, dass sich emotionale Reaktionen (z.B. Ängste) verfestigen und zu Phobien führen könnten. In der vierten Phase, die je nach Dauer der Phase drei früher oder später einsetzt, löse sich die in Phase drei beschriebene Symptomatik zugunsten einer neuen Lebenseinstellung, so dass es nach außen den Anschein habe als sei das Trauma überwunden.

Tatsächlich aber weiche die Phobie einer rationalisierten Vorsichtigkeit, die oftmals den Ausschluss sozialer Kontakte zur Folge habe, so dass eine echte Lösung nicht vorhanden sei. Im Rahmen der fünften Phase, die frühestens vier bis fünf Jahre nach der Tat einsetze, beginne das Opfer die traumatische Erfahrung in das eigene Leben zu integrieren und sich mit ihr auseinander zu setzen.

Die Situation, in der sich die Betroffenen befinden, wird aber nicht nur vom Verarbeitungsprozess beeinflusst, sondern ebenso von den Möglichkeiten, die dem Individuum zur Bewältigung der Situation zur Verfügung stehen, sog. **Bewältigungsstrategien** oder **Coping-Strategien**. Nach *Tov* (*1993,* 262 ff.) reichen diese Strategien von Verleugnung des traumatischen Ereignisses und Vermeidung
– sowohl in erkenntnismäßiger als auch in verhaltensmäßiger Hinsicht – über Spannungsreduktion (das Opfer bedient sich spannungsreduzierender Maßnahmen wie Alkohol, Medikamente, Drogen etc.) bis hin zur Neudefinition einer Situation, des Hilfe Suchens und des Problemlösens. Dabei zeigt sich, dass sowohl sinnvolle Strategien zur Bewältigung angewandt werden, die tatsächlich zu einer nachhaltigen Lösung führen als auch solche, die für die Betroffenen nur kurzfristige emotionale Entlastung schaffen.

Das Opfer befindet sich somit in einer Situation, die ihm per se viel abverlangt, gleichzeitig – oder gerade deshalb – haben Opfer aber ihrerseits spezielle Erwartungen an die Polizei. Mit den Erwartungen und Bedürfnisse von Kriminalitätsopfern an Polizei und Justiz beschäftigt sich eine viktimologische Studie des Bundeskriminalamtes (*Baurmann/Schädler*, 1999): Opfer von Straftaten erwarten hiernach mehr von der Polizei als die reine geschäftsmäßige Abwicklung ihres Falles, sie erhoffen sich neben Schutz und Hilfestellung vor allem auch Verständnis für ihre Situation.

Insgesamt lassen sich die Opfer einer Straftat als besonders **vulnerable** (verwundbare, verletzliche) Gruppe einordnen, die einen besonderen opfergerechten Umgang der Polizei mit denselben erforderlich macht.

**3. Die Polizei zwischen Strafverfolgung und Opferschutz**

Der Erstkontakt von Opfern und Hinterbliebenen eines School Shootings erfolgt zunächst mit der Polizei - die nach erfolgter Gefahrenabwehr und Betreuung der Opfer vor Ort durch Polizeipsychologen, Ärzte und Seelsorger - anschließend mit den Ermittlungen beginnt. Während die Opfer/Hinterbliebenen hier auf ihren ersten Gesprächspartner treffen und sich dementsprechend größtmögliche Unterstützung erwarten, ganz gemäß dem Grundsatz „die Polizei, dein Freund und Helfer“, steht die Strafverfolgung als primäres Ziel im Vordergrund polizeilicher Arbeit. Damit stehen sich regelmäßig zwei Interessen gegenüber, die auf den ersten Blick unvereinbar erscheinen und die sowohl die Opfer als auch die Polizei in eine schwierige Position bringen können, weil einerseits im Ermittlungsverfahren der Strafverfolgung nachgekommen werden muss, andererseits aber gleichzeitig die Opferinteressen angemessen berücksichtigt werden sollen.

Polizeibeamte stehen im Ermittlungsverfahren unter einem gewissen **Aufklärungs- und Erfolgsdruck**, weil ihnen die Aufgabe der Beweisfindung, Beweisführung und Beweissicherung zukommt, die das Fundament für das spätere Strafverfahren bildet. Beweise, die seitens der Polizei zu erheben versäumt wurden, können in der Regel weder durch nachträgliche Ermittlungen der Staatsanwaltschaft noch später im Gerichtsverfahren nachgeholt werden (vgl. *Weihmann/Schuch,* 2010, 82). Dieser Druck besteht in besonderem Maße bei schwerwiegenden Straftaten wie z.B. einem School Shooting. An dieser Stelle ergibt sich eine besondere Herausforderung für die Polizei, die einerseits dem Strafverfolgungsinteresse gerecht werden muss, das heißt, an der Aufklärung des Falles ausgerichtet ist, andererseits gerade aber im Bestreben um Sachverhaltsaufklärung in Gefahr gerät, die Belange des Opfers außen vor zu lassen.

Mit der ungenügenden Berücksichtigung der Opferinteressen gerät die Polizei zusätzlich in Gefahr, sich in Widerspruch zu den für sie geltenden **Polizeidienstvorschriften** zu setzen. Eine Vernachlässigung der Opferinteressen zugunsten der Strafverfolgung würde der bundesweit einheitlich geltenden Polizeidienstvorschrift (PDV) 100 zuwiderlaufen (*Ciupka/Reinhold,* 2008, 3 f. vgl. dieselben auch zum Folgenden). Die genannten Autoren weisen zutreffend darauf hin, mit der PDV 100 sei die Aufgabe jedes Polizeibeamten, Prävention zu betreiben, festgeschrieben worden (vgl. PDV 100, 2.1.1.16). Darunter falle unter u.a. auch die Verpflichtung der Polizei, Folgen wie die Furcht, Opfer zu werden, körperliche, psychische oder materielle Schäden zu erleiden, so gering wie möglich zu halten (vgl. PDV 100, 2.1.1.1). Somit seien auch Opferschutz und Opferhilfe Aufgaben der polizeilichen Kriminalprävention.

Folglich bewegen sich die Polizeibeamten permanent in einem **Spannungsfeld zwischen Strafverfolgung und Opferschutz.**

**3.1 Der Opferzeuge als Beweismittel**

*Haas* (2009, 10) weist zutreffend darauf hin, dass dem Opfer im Ermittlungsverfahren eine ganz wesentliche Rolle zukommt, weil es quasi den Ausgangspunkt für die Ermittlungsarbeit darstellt und zwar sowohl was die Rekonstruktion der Tat an sich betrifft als auch im Hinblick auf den durch die Tat verursachten Schaden: Das Opfer ist dabei für den Polizeibeamten primär ein **Beweismittel** (Zeuge und/oder Spurenträger) dessen er sich zur Sachverhaltsaufklärung bedient, wobei es in erster Linie um die objektive Seite des Geschehens geht, also weniger um die subjektive Seite des Tatvorgangs. Diese innere Seite spielt noch beim Täter eine Rolle, soweit seine Motive aufgeklärt werden sollen, beim Opfer hingegen wird die subjektive Seite eher als wenig sachdienlich oder gar die Ermittlungstätigkeit störend empfunden und bleibt deshalb meistens außen vor.

Hinzukommt, dass das Opfer aufgrund seiner persönlichen Betroffenheit für den vernehmenden Polizeibeamten oftmals zusätzlich eine **Sonderstellung** einnimmt. Aufgrund der Tatsache, dass Opfer, die die Situation selbst erlebt haben, nicht davor geschützt sind, das Erlebte stärker subjektiv wiederzugeben, prüft der Vernehmende die Aussage in der Regel in besonderem Maße auf Unstimmigkeiten, was wiederum leicht zur Verunsicherung des Opfers führen kann. *„Wieso hat der Beamte immer wieder dasselbe gefragt? Die Frage hatte ich doch schon beantwortet! Glaubte er mir etwa nicht?“*, solche Äußerungen hört man in anwaltlichen Beratungsgesprächen sehr häufig.

Insofern besteht das Risiko des unsensiblen Umgangs mit dem Opfer, indem es als Informationsquelle instrumentalisiert wird und schnell **vom Subjekt zum Objekt** wird. Diese Gefahr mag zwar bei School Shootings, bei denen die handelnden Polizeibeamten erwartungsgemäß für die Situation sehr sensibilisiert sind, geringer sein als bei anderen Straftaten. Dennoch können Fehlerquellen im Umgang mit traumatisierten Zeugen/Opfern auch hier nicht ausgeschlossen werden.

Zusätzlich besteht die Gefahr, dass Bewältigungsstrategien von den Polizeibeamten fehl interpretiert werden, indem z.B. die typischen Faktoren „Verleugnung des Geschehens“ und „Vermeidung der Erinnerung“ als Verweigerung der Kooperation eingeordnet werden und umso vermehrter in die (Opfer)zeugen eingedrungen wird. Für viele Polizeibeamte ist auch der **Schockzustand**, in dem sich die Opfer befinden, auf den ersten Blick nicht klar erkennbar, weil die meisten Opfer aus dem Schock heraus zunächst einmal „funktionieren“, indem sie zumindest vordergründig rational oder automatisiert handeln. So berichtete uns ein Lehrer – den die Autorin im Rahmen des Buches „Frau Koma kommt“ interviewt hat –, der im Rahmen der Amok-Tat von Ludwigshafen am 18. Februar 2010 vor Ort war und mitgeholfen hat, die Schule zu evakuieren, sowie zudem verzweifelt vergeblich versucht hatte, seinen mit mehreren Messerstichen getroffenen Lehrerkollegen zu reanimieren:
 „*Wir hatten einen Riesentrupp von Notfallseelsorgern, aber ich habe gar nicht gedacht, mich selbst an diese zu wenden. Ich habe einfach weiter funktioniert. Man hatte unzählige Sitzungen gehabt im Krisenteam mit Feu- erwehr, Polizei (…). Alle, die an diesen Sitzungen teilnahmen, fokussierten sich auf die Aufgaben, die in den folgenden Tagen abgearbeitet werden mussten. Da ging es mir nicht anders.* *Allerdings habe ich auch an den ge töteten Kollegen gedacht und an dessen Angehörige. Wir alle hatten ihn gut gekannt. Die Bilder sind einem nicht mehr aus dem Kopf gegangen. Das war in den nächsten Tagen eine der schlimmsten Erfahrungen, die ich ma chen musste: die Eindrücke, die immer wieder hoch kamen. Ich hatte einer seits die Bilder des Täters vor Augen, andererseits aber auch das Bild des toten Kollegen. (…)* *Also direkt nach dem Amoklauf, nachdem diese Cha- osphase zu Ende war, bin ich in ein tiefes Loch gefallen. Man hat die ganze Zeit funktioniert und danach war erst einmal Leere. (…) Ich hatte durch die Geschehnisse – insbesondere die vergebliche Reanimation des Kollegen – einen Schock erlitten und musste behandelt werden.“*

Aber auch die Vernehmungssituation an sich birgt im hohen Maße die Gefahr für ein Fehlverhalten gegenüber dem Opfer, das im schlimmsten Fall zu einem Gefühl der Abwertung und somit zu einer Verschlimmerung der psychischen Situation des Opfers führen kann. Ein Problem kann sich bereits aus der Tatsache ergeben, dass sich Polizei und Opfer in der polizeilichen Vernehmung nicht als gleichwertige Partner gegenüberstehen und somit ein **Dominanzgefälle** zugunsten der Polizei besteht. Ob gewollt oder ungewollt wirkt ein Polizeibeamter allein schon aufgrund der ihm eigenen Position – als Teil der exekutiven Gewalt und somit als Teil einer staatlichen Einrichtung – gegenüber dem Opfer dominant (vgl. *Weihmann/Schuch*, 2010, 488). Zusätzlich ergeben sich in einer Vernehmungssituation **kaum Einflussmöglichkeiten** für das Opfer, weil allein der Polizeibeamte das Vernehmungsgeschehen bestimmt. *Schmitz* (1983, 363) geht hier sogar noch weiter und führt zutreffend aus, dass das Opfer nicht nur keinen Einfluss auf die räumliche Situation habe, sondern auch keinerlei Bestimmungsmöglichkeit über das einzuführende Thema, über die Entscheidung wer wann und zu welchem Thema wie viel sprechen dürfe, was als wesentlich oder unwesentlich für die Vernehmung erachtet werde, wie lange die Vernehmung dauere und insbesondere ob eine erneute Vernehmung erforderlich sei oder nicht. Dies, aber auch aus Opfersicht befremdliches Verhalten von Polizeibeamten – so z.B. während der Vernehmung häufig nach der Uhrzeit schauen, mit den Fingern oder einem Kugelschreiber auf den Tisch trommeln, während der Aussage des Opfers in den Akten blättern oder im PC lesen – können dazu führen, dass sich das Opfer in seiner Position abgewertet fühlt (vgl. *Weihmann*/*Schuch* ,2010, 489).

Oftmals wird auch übersehen, dass bereits das **polizeiliche Umfeld** – dem das Opfer in der Regel zum ersten Mal ausgesetzt ist – erheblichen Einfluss darauf hat, ob es sich gut aufgehoben fühlt oder nicht. So weisen *Weihmann/Schuch* (2010, 487) – zwar im Zusammenhang mit dem Beschuldigten, aber auch auf Opfer übertragbar – zu Recht darauf hin, dass entscheidend sein kann wie das Opfer in Empfang genommen und begrüßt wird, wie oder wo es zum Warten aufgefordert wird, wie höflich der Umgangston ist, der dem Opfer entgegenschlägt. Sogar die Ausstattung des Vernehmungsbüros ist in diesem Zusammenhang nicht zu unterschätzen. Dieses sollte möglichst sachlich ausgestattet sein, weil z.B. witzig gemeinte Sprüche an der Wand für die Opfer(zeugen) im Rahmen des Erlebten eine völlig andere Bedeutung erlangen können und deshalb vermieden werden sollten (vgl. *Weihmann/Schuch*, 2010, 487). Wichtig ist weiterhin, durch Ausschluss von äußerlichen Störungen (Telefon, anwesende Kollegen etc.) eine vertrauensvolle, ruhige Situation zu schaffen, in der sich das Opfer/die Hinterbliebenen mitteilen können. Vorbildlich sind diesbezüglich die **Opferschutzräume** („Räume der Stille“), die in Berlin in der Direktion 1 (Pankow/Reinickendorf) und in der Direktion 2 (Spandau, Charlottenburg-Wilmersdorf) eingerichtet wurden (*Chiupka/Reinhold,* 2008, 21). Dort haben die Opfer/Hinterbliebenen die Möglichkeit, in angemessener Umgebung über das traumatisierende Ereignis zu reden.

Gerade bei School Shootings ist der Umgang der Polizei mit den Opfern/Hinterbliebenen durch intensiven Kontakt gekennzeichnet und sehr stark von **menschlicher Interaktion** geprägt. Die Qualität des Umgangs mit den Betroffenen wird dabei entscheidend von der Kompetenz des einzelnen Beamten bestimmt, wobei auch dessen Stand der Aus- und Fortbildung, sein Lebens- und Dienstalter – und somit die Diensterfahrung, die der einzelne Beamte mitbringt – eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Letztendlich sind auch empathische und kommunikative Fähigkeiten für einen kompetenten Umgang mit Opfer(zeugen) entscheidend. Es darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass **Vernehmungsarbeit** auch immer **Beziehungsarbeit** bedeutet. Hier kann es schon hilfreich sein, dem Opfer nach der Straftat das Gefühl vermitteln zu können, von der Polizei nicht „vergessen“ worden zu sein und ernst genommen zu werden, gerade weil sich die Ermittlungsbehörden in erster Linie dem Täter und dem Tatgeschehen widmen. So weist der oben benannte Lehrer darauf hin:

 „*Mir persönlich hat es bei der Verarbeitung geholfen, über das Geschehene zu reden und sich mit anderen Betroffenen – den Angehörigen, den Kolle- gen, den Schülern und auch den Einsatz- und Rettungskräften – auszutau- schen. Mich hat es schwer berührt als ein Polizist mir erzählte, was ihm als junger Polizist passiert war und wie er dieses Ereignis persönlich verarbei- tet hat. Das war ebenfalls ein Mosaiksteinchen (Anm.: bei der Verarbeitung des Tatgeschehens)...“*

Gerade weil der persönliche Kontakt für die Betroffenen so wichtig ist, empfiehlt es sich, dass den Opfern/Hinterbliebenen falls möglich ein oder zwei Polizeibeamte als feste Ansprechpartner zur Verfügung stehen, so dass ein gewisses Vertrauensverhältnis aufgebaut werden kann, und den Opfern erspart bleibt, ihre Situation wechselnden Beamten immer wieder von Neuem erklären zu müssen.

**3.2 Erklärungsansätze für die Zurückhaltung der Polizeibeamten bei der Umsetzung des Opferschutzes**

Aber wenn gerade der Umgang mit dem Opfer von einer solchen Bedeutung ist, warum zeigt sich die Polizei bei der Umsetzung eines allumfassenden Opferschutzes dann noch immer eher zurückhaltend?

**Erklärungsansätze,** warum die Polizei – abgesehen vom primären Ziel der Strafverfolgung – dem Opferschutz im Alltag polizeilichen Handelns oftmals nicht allumfassend Raum zu geben vermag, existieren in vielfältiger Form. So sieht *Haas* (2009, 10,12) neben der Befürchtung der Polizeibeamten, durch die Hinwendung zum Opfer die originäre Aufgabe der Strafverfolgung aus dem Blick zu verlieren, auch die staatlich verordnete **Untersagung der Rachebefriedigung** und den **verleugneten Racheimpuls** als mögliche Ursache an. Dies scheint insoweit plausibel, als es unerlässlich ist, dass Opferschutz zwingend in einer rechtstaatlich begründeten Balance zwischen Opfer und Täter stattfinden muss (Neutralität der Polizei, kein Opferschutz zu Lasten von Täterrechten, keine einseitige Parteiergreifung zugunsten des Opfers). Die Berücksichtigung der Opferrechte darf nicht zu Lasten der Rechtsstellung des Beschuldigten gehen. So wendet *Schroth* (2005, 3) zutreffend ein, dass es eine einseitige Gewichtung zu Gunsten des Opfers grundsätzlich nicht geben dürfe, weil selbst im laufenden Strafprozess weder die Schuld des möglichen Täters noch die Rollenverteilung Täter-Opfer feststehe. Eine solche Zuschreibung erfolgt erst durch die Verurteilung selbst. Insofern muss diese Argumentation erst Recht für das polizeiliche Ermittlungsverfahren gelten, bei dem in der Regel noch weniger Anhaltspunkte für Schuld und Rollenverteilung gegeben sind. Anzustreben ist insofern grundsätzlich vielmehr eine „**Waffengleichheit**“, bei der das Opfer im Hinblick auf seine Rechte neben den Täter tritt.

*Buchmann* (1996, 181 ff.) hingegen sieht die Ursache in der **eigenen,** **permanenten Bedrohung** der Polizeibeamten als Gewaltopfer, die die Polizeibeamten zu einer hoch opferanfälligen Gruppe mache. Im Gegenzug hierzu stehe ein hierarchisch und männlich dominierter Polizeiapparat, der keinen Raum für Gefühle
oder auch die Bedürfnisse von Polizeibeamten ließe (sog. **Cop Culture**), weshalb als Ausweg hieraus mit einer übertriebenen Objektivierung und Rationalisierung reagiert werde. So hat ein Polizeibeamter nach der – vorwiegend männlich geprägten (*Schicht,* 2007, 32) – Cop Culturestark und hart (im Sinne von emotionslos) zu sein. Noch immer hält sich das durch die Medien verstärkte Klischee, dass „wahre Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen von den Haar- bis zu den Fußspitzen zupackend, entscheidungsfreudig (sind), sie haben Nerven wie Drahtseile...“ (*Traphan,* 2005, 6). In diesem Rahmen erscheint ein gefühlsbetonter, empathischer Umgang mit Opfer(zeugen) zunächst als Fremdkörper im Getriebe des Polizeialltags.

Eine weitere nicht zu verleugnende Rolle spielt sicherlich auch die Tatsache, dass ein **professioneller Umgang** mit Opfern innerhalb der Polizei **nicht** – wie beispielsweise die Aufklärungsquote – **messbar** ist und deshalb oft sowohl in der Außendarstellung als auch hinsichtlich der Akzeptanz innerhalb der Polizei leidet. Die Lösung könnte hier in vermehrten Opferbefragungen (victim surveys) liegen, die den Polizeibeamten eine Einschätzung ihrer Arbeit erlauben und ggf. einen weiteren Ansporn in Richtung eines professionellen Opferumgangs liefern.

Positiv ist jedoch zu vermerken, dass generell innerhalb der Polizei ein Umdenken eingesetzt und die Erkenntnis Fuß gefasst hat, dass der Stärkung der Belange der Opfer neben den verfassungsmäßig garantierten Täterrechten ebenfalls Platz eingeräumt werden muss. Dementsprechend wurden in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, den Opferschutz weiter auszubauen. So wurden **Opferschutzkoordinatoren** auf Ebene der Polizeidirektionen und -präsidien eingesetzt, um eine bessere Berücksichtigung der Opferbelange im Polizeialltag zu gewährleisten. Einige Polizeipräsidien verfügen über spezielle **Opferbeauftragte**, die eine schnelle Weiterleitung des Opfers bewirken können. Darüber hinaus ist zunehmend die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit fachkompetenten **polizeiexternen Institutionen** (beispielsweise Einrichtungen der Opferhilfe) zu verzeichnen. Diese Organisationen übernehmen in Absprache und unter der Prämisse gegenseitigen Informationsaustausches im Rahmen des Datenschutzes die Betreuung der Opfer und können somit zur Entlastung der einzelnen Polizeibeamten beitragen.

Wie gut eine solche Zusammenarbeit funktionieren kann zeigt das Beispiel der oben genannten Frau Z. Diese führte aus:

 „*Meine Schwägerin hat mir den Hinweis gegeben, dass ich mich an den WEISSEN RING e.V. wenden kann. Sie hatte über die Polizei vom WEISSEN RING e.V. erfahren. Die ermittelnden Polizeibeamten hatten mit Einverständnis meiner Schwägerin sofort den Kontakt zur Außenstelle des WEISSEN RING e.V. in unserer Stadt aufgenommen. Von den dortigen Mitarbeitern hat sie dann auch erfahren, dass wir einen Rechtsbeistand be- kommen können und das sowohl sie als Ehefrau als auch wir als Geschwis- ter des Getöteten das Recht haben, als Nebenkläger im Prozess aufzutre- ten. Vorher habe ich von dieser Möglichkeit nicht gewusst und hätte daher auch keinen Gebrauch davon machen können. Es müsste vielmehr über solche Möglichkeiten bekannt gegeben werden, so dass Angehörige dann auch wissen, wo sie sich hinwenden können, um nicht so verlassen dazu stehen.“*

Neben der Herausgabe von **Opferschutzbroschüren**, die sowohl über den Gang eines Strafverfahrens informieren als auch praktische Tipps, Hilfestellungen für die Opfer und ihre Angehörigen enthalten, wurde zudem zur weiteren Professionalisierung des Umgangs mit Opfern das polizeiliche Informationsmedium **VIKTIM** geschaffen, das unter anderem die Möglichkeit bietet, bundes-, landes- und regionalbezogene Informationen zu Opferhilfeeinrichtungen und Fachpublikationen abzurufen und für Polizeibedienstete im Extranet unter www.polizei-beratung.
extrapol.de verfügbar ist. Letztlich kann von den Polizeibeamten auch ein interaktives Lernprogramm **Opferschutz interaktiv** zum Verhalten der Polizei gegenüber Geschädigten und Opfern im polizeilichen Extranet abgerufen werden.

**4. Ausblick**

Für die optimale Umsetzung des Opferschutzes innerhalb der Polizei im Umgang mit Opfern bleibt auch in Zukunft noch einiges zu tun. Dabei muss berücksichtigt werden, dass Opferschutz so in den polizeilichen Alltag eingebaut werden muss, dass die Polizeiarbeit an sich nicht behindert wird und die Täterrechte nicht eingeschränkt werden. Oftmals sind es Kleinigkeiten, die ein besseres Klima für Vernehmungen schaffen und somit sowohl der Polizei als auch dem Opfer zugutekommen. Ein professioneller und opferfreundlicher Umgang vermag dazu beizutragen, das positive Image der Polizei innerhalb der Gesellschaft noch stärker auszubauen und Verhaltensveränderungen innerhalb der Polizei mit sich zu bringen, die sich positiv auf die Berufszufriedenheit der Polizeibeamten auswirken dürften; so z.B. durch eine bessere Interaktion zwischen Polizei und Opfer, die anerkennende Rückmeldung von Opfern und durch bessere Aufklärungsquoten dank vermehrter Kooperationsbereitschaft der Opfer. Aber auch dem Opfer kommt eine stärkere Berücksichtigung der Opferbelange zugute, z.B. durch Verbesserung der Befindlichkeit im Rahmen der Vernehmung und Verringerung der Gefahr von Sekundärviktimisierungen. Weiter kann erwartet werden, durch ein opferfreundliches Handeln der Polizei die Zugangsschwelle zu derselben für die Opfer zu erniedrigen (vgl. *Balß* et al., 2001, 13).

Es bleibt zu hoffen, dass sich die Polizei den Bedürfnissen von Opfern künftig noch mehr als bisher öffnen wird. Gerade bei schwerwiegenden Straftaten wie School Shootings ist der professionelle Umgang mit Opfern/Hinterbliebenen nicht nur durchsetzbares Recht, sondern insbesondere auch eine moralische Verpflichtung. Erst wenn mit jedem einzelnen Opfer/Hinterbliebenen seitens der Polizei derart umgegangen wird, wie wir es für uns selbst in einer solchen Situation wünschen würden, ist der Opferschutz tatsächlich im polizeilichen Alltag angekommen.

**Zur Autorin**

**Angela Gräf M.A.** ist Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Nebenklage und Operschutz, Kriminologin & Polizeiwissenschaftlerin sowie staatlich anerkannte Fachberaterin für Opferhilfe. Sie hat das Freie Institut für Kriminologie IfK Castrop-Rauxel mitgegründet und leitet zudem ehrenamtlich zwei Außenstellen des WEISSEN RING e.V.

Angela Gräf befasst sich seit vielen Jahren beruflich mit dem Thema Opferschutz, hält regelmäßig Vorträge über opferrelevante Themen und hat zahlreiche Opfer sowohl im Rahmen ihrer Tätigkeit als Rechtsanwältin als auch als Mitarbeiterin des WEISSEN RING e.V. beraten und prozessrechtlich begleitet.

**Kontakt**

[www.kanzlei-graef.de](http://www.kanzlei-graef.de)

E-Mail: info@kanzlei-graef.de

Literatur

*Balß, Rudolf/Baurmann, Michael C./Lieser, Udo/Rein, Dieter/Voß; Hans-Georg W.*: Opfer und Zeugen bei der Polizei: Ein Modellprojekt zur Professionalisierung der polizeilichen Arbeit, durchgeführt beim Polizeipräsidium Südhessen; Konzept, Erfahrungsbericht und Ergebnisse der Begleitforschung. BKA-Forschungsreihe, Band 11, Wiesbaden 2001

*Baurmann, Michael C./Schädler, Wolfram*: Das Opfer nach der Straftat- seine Erwartungen und Perspektiven. Eine Befragung von Betroffenen zu Opferschutz und Opferunterstützung sowie ein Bericht über vergleichbare Untersuchungen. BKA -Forschungsreihe, Band 22, Wiesbaden 1999

*Buchmann, Knud Eike*: Polizeibeamte als Opfer traumatischer Erlebnisse, in: Bundeskriminalamt (Hrsg.): Das Opfer und die Kriminalitätsbekämpfung, BKA-Forschungsreihe, Band 36, Wiesbaden 1996, S. 181-200

*Ciupka, Joachim/Reinhold, Anja*: Wie und Wo ist der Umgang mit Verletzten und Opfern bei der Polizei geregelt?, Stand: 2008, http://www.hwr-berlin.de/fileadmin/downloads\_ internet/lb/
forschung/publikationen/fb3/heft\_66.pdf, zuletzt besucht am 15.2.2010

*Haas, Ingrid*: Fachberater für Opferhilfe, Modul 1. Opferhilfe in Deutschland und Europa-Erkenntnisse der Viktimologie. Unterlagen für die Fortbildung 2009 - unveröffentlicht

*Lorke, Beate/Ehlert, Martin*: Vergewaltigung von Frauen: Psychodynamik und Therapie. Wege zum Menschen 39, 1987, S. 346-367

*Schicht, Günter*: Menschenrechtsbildung für die Polizei. Deutsches Institut für Menschenrechte, Stand: 2007, <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/>, zuletzt besucht am 15.2.2010

*Schmitz, Heinrich Walter*: Vernehmung als Aushandeln der Wirklichkeit, in: *Kube, Edwin/Störzer, Hans Udo/Brugger, Siegfried (Hrsg.)*: Wissenschaftliche Kriminalistik. Grundlagen und Perspektiven. Teilband 1: Systematik und Bestandsaufnahme. BKA-Forschungsreihe 16/1, Bundeskriminalamt ,Wiesbaden 1983, S. 353-387

*Schroth, Klaus*: Die Rechte des Opfers im Strafprozess, Heidelberg 2005

*Tov, Eva* (): Verbrechensverarbeitung bei Opfern schwerer Kriminalität. In: *Kaiser, Günther; Kury, Helmut (Hrsg.)*: Kriminologische Forschung in der 90er Jahren. Beiträge aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg1993, S.255-285

*Traphan, Erich*: Angst im Polizeialltag, in: Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei, Nr. 4, 2005, S. 6-16.

*Weihmann, Robert/Schuch, Claus–Peter*, Kriminalistik, Hilden 2010